

philippinen nachrichten

Als erfolgreich wertete die Katholische Bischofskonferenz die Protestversammlung in Manila und in anderen großen Städten des Landes am 21. 9. gegen Bestrebungen, die Verfassung zu ändern um Präsident Ramos und anderen Amsträgern eine Wiederwahl zu ermöglichen. Man werde jedoch die Kampagne gegen Verfassungsänderungen bis zu den Wahlen fortführen, denn die Aussagen von Präsident Ramos seien noch zu vage, teilte Erzbischof Oscar V. Cruz am Tag nach der Demonstration

600.000 gegen Verfassungsänderung

on mit. So habe Ramos noch nicht ausreichend deutlich gemacht, daß er persönlich gegen eine Verfassungsänderung vor 1998 ist. In Manila hatten sich mehr als eine halbe Million Menschen versammelt, auch die linke Opposition hatte die Protestveranstaltung unterstützt. Die frühere Präsidentin Cory Aquino sagte in ihrer begeistert aufgenommenen Rede, Ramos habe sich bereits einen Platz in der Geschichte gesichert, als er am Sturz des Diktators Marcos mitwirkte. Die Ehre der Präsidentschaft sei so groß, daß kein Mensch sie öfter als einmal für sich beanspruchen solle.

Manilas Erzbischof Jaime Kardinal Sin, Hauptinitiator der Großdemonstration, entschuldigte sich während seiner Predigt im Gottesdienst im Luneta-

Park für Äußerungen, mit denen er Ramos in der hitzigen Debatte um die Verfassungsänderung persönlich verletzt haben könnte. Dies wiederum rief die linken Gruppen auf den Plan, die klarmachten, daß sie die Kampagne in jedem Falle fortsetzen würden.

Ramos selbst hatte am Vortag auf der Rückreise von Staatsbesuchen auf Mindanao Station gemacht und erklärt, er werde nicht für eine Wiederwahl kandidieren (»I will not run for reelection, period, period, period«).

In einem Radiointerview mit einem Sender aus Manila rief Sison seine Genossen und andere Linke zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Cha-Cha für Mindanao

Eine lose Koalition aus Nur Misuari, Ex-Chef der MNLF (Moro National Liberation Front) und seit knapp einem Jahr Gouverneur der Autonomen muslimischen Region auf Mindanao (ARRM) und einem Mindanao Republican Movement (MRM), bestehend aus sieben Gouverneuren und zwei Bürgermeistern aus Mindanao, fordern weiterhin eine Verfassungsänderung. Künftig sollten auch die Sitze im Senat nach Regionen vergeben werden, nur so könne sichergestellt werden, daß Mindanao, die zweitgrößte Insel der Philippinen, auf der ein Viertel der Gesamtbevölkerung lebt, im Senat vertreten sei, was gegenwärtig nicht der Fall ist.

Ein wichtiges Motiv für diese Forderung ist nach Ansicht von Beobachtern, daß die meisten der im MRM vertretenen Politiker ohne Verfassungsänderung nicht mehr für eine zweite Amtszeit kandidieren können. Auch nach dem bisherigen Wahlsystem für Senatoren hatte die Bevölkerung Mindanaos die Möglichkeit, einen Kandidaten aus ihren Reihen zu unterstützen.

vgl. PDI 21.10.97

Mindanao: Unruhe trotz Waffenstillstand

Mitte November einigten sich Regierung und die Moro Islamic Liberation Front (MILF) in Marawi auf Grundregeln für den seit Juli bestehenden, jedoch labilen Waffenstillstand. Beide Parteien hoffen, Friedensverhandlungen ein Stück näher gekommen zu sein. Das neue Abkommen regelt Truppenbewegungen beider Seiten und definiert Entführungen, Bombenangriffe, Razzien, und standrechtliche Erschießungen als verbotene feindliche Akte.

Die Gespräche standen im vergangenen Monat beinahe vor dem Aus, als die MILF zwei angebliche Mörder hinrichten ließ und sich mit Hinweis auf das von ihr allein akzeptierte Recht der Scharia geweigert hatte, die Gefangenen der Regierung zu übergeben.

Pressephotos von der öffentlichen Erschießung vor Hunderten von Zuschauern lösten große Empörung aus. Ein Tribunal der MILF soll drei weitere Männer zum Tode verurteilt haben.

Auch durch Entführungen und Überfälle machte Mindanao dem von westlichen Nach-

richtenagenturen gern verwendeten Prädikat »Unruheinsel« alle Ehre. So wurde Mitte November erneut ein katholischer Priester entführt. Vier Männer, davon angeblich zwei ehemalige Mitglieder der MNLF (Moro National Liberation Front), brachten den Belgier Bernard Maes in Marawi in ihre Gewalt. Sie fordern ein Lösegeld von umgerechnet rund 220.000 Mark, da ihnen die Regierung diese Summe schulde. Drei Wochen zuvor hatten ehemalige MNLF-Angehörige den irischen Priester Desmond Hartford entführt und später wieder freigelassen. Auch sie hatten die Regierung beschuldigt, die im letztjährigen Friedensabkommen mit der MNLF versprochenen Zahlungen an die ehemaligen Rebellen nicht geleistet zu haben.

Die Entführer des irischen Priesters hatten diesen später der MILF übergeben. Es gibt vermehrt Berichte über ehemalige MNLF — Kämpfer, die zur MILF übergelaufen sein sollen aus Enttäuschung über unterlassene Maßnahmen der Regierung nach dem Abkommen.

Mitte Oktober haben muslimische Terroristen den Militärlager Camp Awang überfallen. Fünf Menschen kamen dabei ums Leben, darunter zwei der vier Attentäter. Das Militär geht daher davon aus, daß es sich um ein Selbstmordkommando gehandelt habe. Wie ein Militärsprecher mitteilte, stammten die beiden getöteten Terroristen aus dem Nahen Osten, einer aus Ägypten, der zweite aus einem nicht genannten arabischen Land. Die MILF wies Beschuldigungen zurück, der Anschlag sei in ihrem Auftrag erfolgt.

In der Provinz Basilan sind Feldarbeiter von muslimischen Rebellen überfallen worden, vier von ihnen wurden getötet, vier weitere entführt. Für die Tat wurden Mitglieder der radikalen muslimischen Rebellengruppe Abu Sayyaf verantwortlich gemacht.

vgl. KNA 18.11.97, Manila Times
Internetausgabe 15.11.97, dpa 14.
u. 16.10.97, AP 16.10.97, AFP
11.10.97

MILF geht online

Die MILF (Moro Islamic Liberation Front) will sich und ihre Ziele künftig im Internet präsentieren. »Das ist ein wichtiger Schritt, unsere Träume zu verwirklichen«, sagte der stellvertretende Anführer der MILF Aihaj Murad. Wie die MILF im Internet zu finden ist, wurde von AP nicht veröffentlicht. Möglicherweise wird dieser Schritt helfen, künftig Fehlinformationen zu vermeiden, wie sie von AFP am 11. 10. verbreitet wurde, die meldete, die MILF habe sich von der MNLF (Moro National Liberation Front) erst im September 1996 abgespalten, nachdem letztere einen Friedensvertrag mit der Regierung geschlossen habe. Tatsächlich datiert die Spaltung der muslimischen Guerilla in Mindanao jedoch zurück auf das Jahr 1970.

Vgl. AP 11.11.97

Einrichtung neuer US-Basen befürchtet

Verhandlungen des philippinischen Außenministeriums mit dem Pentagon und Hinweise auf ein Interesse der Amerikaner an der Nutzung einer Bucht an der Südwestküste Mindanaos haben scharfe Proteste hervorgerufen. Ende September verhandelte Staatssekretär Rodolfo Severino in Washington über ein von den USA gefordertes Abkommen, das US-Militärs im Dienst auf den Philippinen eine partielle diplomatische Immunität garantieren soll. Durch ein solches »Status of Forces Agreement« (Sofa) könnten US-Militärs sich der philippinischen Justiz entziehen, ähnlich wie unter dem 1991 von den Philippinen aufgekündigten Abkommen für die Basen in Subic Bay und Clark Air Base. Die Amerikaner sind auch am Abschluß eines Akquisition und Cross-Servicing Abkommens (Acsa) zur Nutzung der wichtigsten philippinischen Häfen auch für militärische Übungen interessiert.

Wie ein Beamter der lokalen Umweltbehörde wissen ließ, soll es Pläne geben, an der Sarangani Bucht im Süden Mindanaos einen US-Marinestützpunkt zu errichten.

In- und ausländische Investoren zeigen verstärktes Interesse an Grundstücken in der sogenannten Socsargen-Region (South-Cotabato-Sarangani-General Santos) rund um die Bucht, doch gibt es bisher keinerlei offizielle Bestätigung für die Gerüchte.

Indes hat der Bischof von General Santos die drohende Einrichtung eines neuen Stützpunkts in einer Feiertagspredigt scharf verurteilt und zu Protesten aufgerufen. Bischof Dinualdo Gutierrez brachte die Pläne der Amerikaner in Zusammenhang mit einer Initiative verschiedener Politiker aus Mindanao, auch die Senatoren als Repräsentanten einer Region wählen zu lassen. Ein neuer US-Stützpunkt brauche eine Zweidrittelmehrheit im Senat und die werde in einem nach regionalen Gesichtspunkten gewählten Senat leichter zu erzielen sein, fürchtet der Bischof, der am 21. September den lokalen Protestmarsch gegen eine Verfassungsänderung angeführt hatte. Im Zusammenhang mit den Plänen der Amerikaner rief er zur Verteidigung der nationalen Souveränität auf.

vgl. PDI 14. und 16. 10.97

Guerillaaktivitäten in Manila

Der Oberkommandierende der philippinischen Armee, General Arnulfo Acedera Jr., hat Anfang November 500 Soldaten nach Manila beordert um etwaige Überraschungsangriffe der New Peoples Army (NPA) in der Hauptstadt abzuwenden.

Nach einem Überfall von NPA-Guerillas auf eine Polizeistation in Rodriguez Town — in der Provinz Rizal nahe der Hauptstadt — wird angenommen, Guerillas hielten sich in Manila versteckt. Die NPA-s nahmen zwei Polizisten als Geiseln. Der Chef der Streitkräfte geht davon aus, daß der Überfall von einer Gruppe der Stadtguerilla verübt worden sei, während die Polizei vermutet, die Täter seien von Gregorio Rosal alias Ka Roger kom-

mandierte NPAs gewesen.

Anfang September sind bei einem Bombenattentat auf einen Bus in Manila fünf Menschen ums Leben gekommen und 49 verletzt worden, weitere Opfer gab es nur wenige Minuten später, als eine Splittergranate in einem anfahrenen Bus explodierte. Armeechef General Acedera vermutet eine Splittergruppe der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) hinter dem Anschlag. Anschuldigungen, das Attentat sei von der Regierung in Auftrag gegeben, um die Stimmung für die Ausrufung des Kriegsrechts vorzubereiten, entbehrten jeglicher Grundlage, sagte er.

vgl. Manila Times, Internet 1.11. und 4.11.97, Rtr 4.9.97

Protest gegen US-Bergbau riesen

Die US-amerikanische Newmont Mining Corporation hat Bergbau- und Nutzungskonzessionen beantragt für ein Gebiet, das insgesamt mehr als ein Drittel der 1,8 Millionen Hektar großen Cordillera-Region umfaßt. Die Cordillera Peoples Alliance (CPA), ein Zusammenschluß regionaler NGOs, will sich kompromißlos gegen das Eindringen des größten Goldproduzenten der USA in die Cordillera wehren. Wenn die zuständige Behörde der Newmont Corp. eine Genehmigung erteile, würden die Operationen der Firma die Rechte der Cordillerebewohner auf die Nutzung ihres Landes und seiner Ressourcen verletzen. Die CPA äußerte auch den Vorwurf, die US-Firma habe bereits wichtige Personen im philippinischen Umweltministerium (DENR) getroffen, um den Genehmigungsprozeß zu beschleunigen und die Einwilligung der Behörden zu erlangen, ohne die Bewohner der betroffenen Region konsultieren zu müssen.



Auch andere Bergbaugesellschaften aus den USA, Canada und Australien haben 16 Anträge auf finanzielle und technische Zusammenarbeit und 32 auf Schurfgenehmigungen gestellt, die insgesamt 72 Prozent der ganzen Cordillera-Region abdecken. In einer landesweiten Protestaktion gegen das Bergbaugesetz von 1995 kippten Fischer, unterstützt von anderen Organisationen, verfaulten Fisch vor das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (DENR) in Manila und Außenstellen des Ministeriums. Das Gesetz, so brachten die Demonstranten zum Ausdruck, fordere die Ausplünderung des Landes.

vgl. Today, 5.10.97, PDI 1.10. u. 11.10.97

Amnesty protestiert gegen Todeszellen

Mit einem dringenden Appell wandte sich Amnesty International an Präsident Ramos, um die Hinrichtung von über 400 Häftlingen zu stoppen, die in Todeszellen auf die Vollstreckung ihres Urteils warten. In einem in Manila veröffentlichten Bericht warf die Menschenrechtsorganisation dem philippinischen Rechtssystem vor, keinen fairen Prozeß garantieren zu können. Geständnisse würden auch mit Folter und Mißhandlungen erpreßt. Viele der über 400 Todeskandidaten stammten aus armen Familien und könnten sich keine guten Verteidiger leisten, hieß es weiter.

Die Todesstrafe ist vor vier Jahren auf den Philippinen wieder eingeführt worden. Seitdem wurde jedoch noch kein Urteil vollstreckt. Die erste einer Serie von Hinrichtungen

ist für Anfang nächsten Jahres vorgesehen.

vgl. dpa 21.10.97

Pastor mißbraucht Mädchen

Ein 60 Jahre alter italienischer Pastor ist in einem Hotel in Manila wegen Mißbrauchs von zwei philippinischen Mädchen verhaftet worden. Seine beiden Opfer seien 13 und 14 Jahre alt und hätten den »Bibelprediger aus Rom« identifiziert, teilte die Polizei mit. Auch seine 19jährige Helferin wurde festgenommen, die die beiden Mädchen dazu gebracht hatte, mit dem Priester ins Hotel zu gehen. Dem Pastor droht eine Anklage wegen Kindesmißbrauchs.

vgl. dpa 14.10.97

philippinen nachrichten

El-Nino

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) befürchtet Ernteeinbußen durch »El Nino«, in Asien vor allem in Indonesien, den Philippinen und Thailand, wo bereits eine Dürre ausgelöst worden sei. Noch stärkere Einwirkungen des pazifischen Klimaphänomens seien zwischen Dezember und März zu erwarten.

Auch nach Aussagen eines NASA-Ozeanographen werden die Philippinen unter einer schweren Trockenheit zu leiden haben. Satellitenaufnahmen zeigten, daß die warmen Wassermassen im Pazifik vor Südamerikas Küste seit Mai um ein Drittel zugenommen hätten.

Währenddessen gibt es Gerüchte, Präsident Ramos habe 80 Millionen Pesos für den Import von großen Plastikplanen bewilligt, die helfen sollen, Wasser aufzufangen und zu sammeln. In Clark Field, Pampanga, haben Offizielle inzwischen gegen zusätzliche neue Golfplätze in der Region protestiert, die eine zu erwartende Wasserknappheit noch verstärken würden.

vgl. epd 12.11., PDI 30.9., 15.10.97

Weltbank fördert Klimakiller

Das Worldwatch-Institut in Washington hat der Weltbank die Förderung klimaschädlicher Energieprojekte vorgeworfen. Trotz ihrer »Ökorhetorik« unterstütze die Weltbank den (Aus-) Bau von Kohlkraftwerken in China, Indonesien, den Philippinen, Polen und Pakistan, kritisiert der Autor der Studie, Christopher Flavin. So werde das größte Energieprojekt der Weltbank, ein 3.600 MW-Kraftwerk in China, jedes Jahr 7 Mio. t Kohlendioxid freisetzen.

vgl. epd 1.11.97

Walzer für das Diktatoren-Geld

Präsident Ramos ersucht die Genehmigung des philippinischen Abgeordnetenhauses für eine außergerichtliche Einigung mit den Erben des Diktators Marcos über das Vermögen, das Marcos auf Kosten des philippinischen Volkes während seiner Herrschaft angehäuft hat. Kurz zuvor wurde bekannt, daß Ramos in eine Geldwaschaktion mit Hilfe zweier Schweizer Banken verwickelt sein soll. Dabei sollen 466 Millionen Dollar aus dem Verkauf eines Teils des Marcos-Goldes auf ein Schweizer Konto überwiesen worden sein, das von Ramos gehalten wird. Ramos forderte den Senat auf, die Angelegenheit zu untersuchen. Imelda Marcos läßt indes verlauten, sie werde verhandeln, wenn sämtliche Anklagen gegen die Familie Marcos fallengelassen wurden. Sie werde den Reichtum als Ausdruck ihrer Großherzigkeit teilen, nicht aber an das Volk als seine wahren Eigentümer zurückgeben. Wenige Tage später hat Marcos-Sohn Ferdinand Bongbong Jr. zwei Schweizer Banken, die den Goldschatz angeblich verwalten, autorisiert, die Kontobewegungen der Familie Marcos offenzulegen. Er selbst habe von den Banken erfahren, daß solche Konten seiner Familie dort nicht existierten.

vgl. Manila Times, Internet 8.10.97, PDI 7.10.97, Today 5.10.97

Imelda geht »on air«

Die menschliche Seite der als »kapriziös« bekannten Diktatorenwitwe und heutigen Kongreßabgeordneten Imelda Marcos soll durch ein halbstündiges Radioprogramm, das ihr Leben beschreibt, dargestellt werden. Das Programm wird seit Anfang November täglich in Manila ausgestrahlt. »Imelda Marcos ist nur ein Mensch, und wir wollen sie weder glorifizieren noch ihr Bild zerstören«, sagte Autor Salvador Reales, vor allem aber wolle er mit der Sendereihe keine Politik betreiben.

vgl. AFP 17.11.97

Dabeisein ist alles

Neue Offerten zur Öffnung des Banken- und Versicherungsmarkts in ihren Ländern legten Indonesien, Malaysia, die Philippinen sowie weitere Schwellenländer vor. Dadurch wollen sie Mitunterzeichner eines Vertrags unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) werden, der die Finanzmärkte weltweit durchlässiger machen soll. Vor dem Hintergrund der Währungsturbulenzen in vielen Wachstumsmärkten müsse klar werden, so EU-Unterhändler Hans-Friedrich Beseler, daß die neuen Angebo-

te geprüft und die Versprechen eingelöst werden müßten. Eine Öffnung dieser Märkte sei aber nicht das Problem, meinte Beseler: »Liberalisierung ist vielmehr ein erster Schritt zur Beseitigung der Turbulenzen«. Möglicherweise wird das Treffen der asiatisch-pazifischen APEC-Staaten Ende November für Beratungen über den WTO-Pakt genutzt werden. Die USA hatten einen Vertrag 1995 platzen lassen, weil ihnen die asiatischen Angebote unzureichend erschienen.

vgl. dpa 12.11.97

IWF entdeckt »versteckten Segen«

Die Finanz- und Währungs-krise der Länder in Südostasien wird sich nach Ansicht von IWF-Generaldirektor Michael Camdessus als »versteckter Segen« erweisen. Wie das Beispiel Mexikos gezeigt habe, könnten die jetzt krisengeschüttelten Volkswirtschaften in wenigen Jahren zu soliden Wachstumsraten zurückkehren und »stärker als zuvor« dastehen, sagte Camdessus in Singapur. »Das Potential für hohe Wachstumsraten auf eine Dauer von zwei Jahrzehnten oder mehr ist da«, urteilte er. Die Finanz- und Währungskrise in Thailand, Indonesien, den

Philippinen und Malaysia sei vor allem eine Krise des Vertrauens, dieses aber sei schwer zurückzugewinnen.

Der Generaldirektor des IWF begrüßte Bemühungen der südostasiatischen Staaten, ihre Zusammenarbeit zur Krisenbekämpfung zu verbessern. Die mögliche Einrichtung eines asiatischen Währungsfonds beurteilte er aber skeptisch: »Es sind nicht die Finanzen, die fehlen. Was fehlt, ist regionale Überwachung, gegenseitiger Druck, eine gute Politik zu fahren.«

Vgl. dpa 13.11.97

Vermeht Rüstungskäufe in Rußland

Aufrüsten und trotzdem sparen — zwei wichtige Programmpunkte südostasiatischer Regierungen — lassen sich mit Hilfe russischer Angebote auf einen Nenner bringen. Rußland betrachtet Südostasien und den Pazifik als den meistversprechenden Exportmarkt für seine Waffenproduktion. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem aktuellen Jahrbuch vermerkt, sind nirgendwo auf der Welt die Rüstungsausgaben in den letzten Jahren so gewachsen wie in Südostasien. Die fünf größten Rüstungsimporteure der Region sind Thailand, Indonesien, Malaysia, Burma und Singapur. Nach Angaben des Londoner Instituts für Stra-

tegische Studien (IISS) ist Ostasien der zweitgrößte Rüstungsmarkt überhaupt nach dem Mittleren Osten.

Den Zuschlag bekommen vermehrt russische Rüstungserzeugnisse, die billiger sind als die anderer Lieferanten; außerdem akzeptiert Rußland auch Rohstoffe zur Bezahlung, etwa Palmöl, aber auch Sperrholz, Gummi und Zement. Malaysia und Indonesien haben bereits russische Kampfflugzeuge geordert, auch die Philippinen erwägen den Kauf von MIG-29-Jets. Ganz oben auf der Wunschliste der südostasiatischen Militärs stehen außerdem U-Boote.

vgl. dpa 7.11.97